

Brandenburger Tor vor dem Mauerbau: „Warum schließen die ihre Grenze nicht?“

„Wir machen Berlin dicht“

Die Berliner Mauer (II): Krisenplanungen in Ost und West / Von Peter Wyden

Washington, Juli 1961

Dean Acheson legte dem Präsidenten und dem Nationalen Sicherheitsrat eine umfangreiche Studie über die „Berlin-Krise“ vor. Kennedy hatte den ehemaligen Außenminister (unter Truman) als Berater verpflichtet, obwohl der sarkastische Intellektuelle ihn nach der Amtseinführung bei einem Diplomatenessen „einen uninformierten jungen Mann“, bestenfalls einen „begabten Amateur“ genannt hatte.

Aber Kennedy konnte solche Sticheleien vertragen. Er meinte, Acheson sei genau der Mann, der Chruschtschow in Berlin Paroli bieten könne, eher jedenfalls als sein eigener Außenminister Dean Rusk. Und Acheson meinte, es gehe den Sowjets gar nicht um Berlin, sondern um eine Kraftprobe und die Demütigung der USA.

In seiner Studie führte Acheson die berühmten „drei Essentials“ an, die schon 1958 im State Department formuliert worden waren, als Chruschtschow mit dem Berlin-Ultimatum die bis dahin

schwerste Berlin-Krise heraufbeschwor. Unabdingbar waren für West-Berlin danach: Anwesenheit alliierter Streitkräfte, freier Zugang zu Lande und in der Luft, Freiheit und Lebensfähigkeit der Stadt.

Von Bewegungsfreiheit in ganz Berlin war nicht die Rede – und damit war jegliche Einflußnahme des Westens auf den Sowjetischen Sektor praktisch abgeschrieben. Einige Tage später instruierte Kennedy seinen Verteidigungsminister McNamara, daß nur bei einer direkten militärischen Bedrohung West-Berlins militärische Mittel einzusetzen seien. Und gegenüber Rusk erläuterte er, daß es nur auf „zwei Dinge“ ankomme: darauf, „daß wir in Berlin sind“ („our presence“) und daß „wir Zugang“ zur Stadt haben („our access“). Durch Weglassen wurde deutlich, daß Ost-Berlin Sache des Ostens sei.

Um die alliierten Interessen, wie sie in den Essentials beschrieben waren, zu sichern, schlug Acheson vor, sofort die konventionellen US-Streitkräfte in Westdeutschland und in den USA die Reserven zu verstärken. Zum Schluß empfahl Acheson dem Präsidenten, den Nationalen Notstand auszurufen.

Soviel Pulverdampf irritierte den Historiker Arthur Schlesinger Jr., einen der jungen Leute in Kennedys Mitarbeiterstab. Er fühlte sich unangenehm an die Vorbereitungen der Schweinebucht-Invasion erinnert. Deshalb faßte er seine Bedenken in einem Memorandum zusammen, das er dem Präsidenten am 7. Juli übergab.

„Laufen wir nicht Gefahr“, fragte Schlesinger in seinem Memo, „den Schwerpunkt unserer Planungen auf den unwahrscheinlichsten Eventualfall zu legen, nämlich die sofortige Blockade Berlins?“ Wie im Fall der Kuba-Aktion, warnte er, spitzten die Ratgeber Kennedys alles auf einen Punkt zu, nämlich „grob gesagt: Hast du Schieß oder nicht?“ Damit aber wäre Kennedys politische Handlungsfreiheit begrenzt.

„Jeder, der an der Kuba-Aktion zweifelte, behielt seine Bedenken für sich, um nur nicht als ‚weich‘ zu gelten“, erinnerte Schlesinger seinen Chef. „Um so wichtiger ist es, daß eine freie Diskussion des Berlin-Problems jetzt nicht auf dieselbe Weise eingeengt wird.“

Kennedy sah ein, daß Achesons Studie sich zu sehr auf militärische Maß-

nahmen konzentrierte, und bat deshalb Schlesinger, die noch offenen Fragen in einem nicht gezeichneten Papier zu analysieren. Schlesinger zog seinerseits Abram Chayes vom Außenministerium und Henry Kissinger aus dem Stab McGeorge Bundys hinzu und vertiefte die Kritik an der Acheson-Position, insbesondere daran, daß Acheson keine konkreten politischen Schritte vorgeschlagen habe; eine solche Unbeweglichkeit müsse die USA im Krisenfall als vernunftlos erscheinen lassen. Schlesinger ferner: „Es muß unbedingt herausgearbeitet werden, in welchem Fall wir denn überhaupt zu einem Atomkrieg bereit sind.“

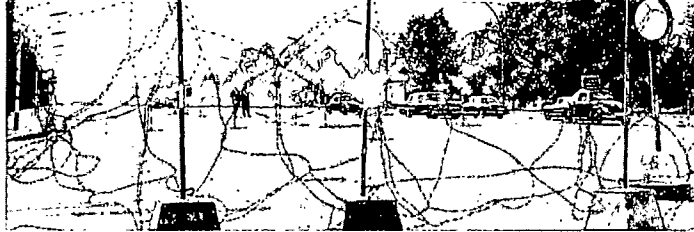
Das Dreier-Memo führte aus, daß Acheson nur einen einzigen Eventualfall behandelte, nämlich die Sperrung der Zugangswege nach Berlin; in Wirklichkeit seien viele Arten von Schikanen, eine Politik der Nadelstiche, vorstellbar. Für den Fall eines offenen Krieges seien die möglichen Stufen einer nuklearen Reaktion Amerikas nicht definiert. Und die amerikanische Strategie sei nicht in den Nato-Kontext eingebunden. Schlesinger: „Was passiert, wenn unsere Nato-Partner nicht mitmachen?“

Einen Tag später diskutierte Kennedy an Bord seiner Motorjacht „Marlin“ vor Hyannisport mit Rusk, McNamara und seinem Militärberater General Maxwell Taylor das Berlin-Problem. Kennedy rügte, daß die US-Streitkräfte entgegen früheren Zusagen nicht in der Lage seien, mit konventionellen Mitteln einen sowjetischen Zugriff auf Berlin abzuwehren. Der Präsident verlangte, er müsse mehr Handlungsspielraum haben als nur die Wahl zwischen „Erniedrigung und totem Atomkrieg“.

Außenminister Rusk erhielt den Auftrag, dem deutschen Botschafter in Washington, Wilhelm Grewe, deutlich zu machen, daß sich die USA wohl für West-Berlin, nicht aber für Gesamt-Berlin – also nicht auch für den Ostsektor – verantwortlich fühlten.

Grewe, Professor für Völkerrecht, hatte – ich zitiere da den SPIEGEL – den US-Präsidenten mit juristischen Argumenten immer wieder darauf hinge-

* Verteidigungsminister McNamara, Außenminister Rusk am 8. Juli 1961 auf Kennedys Motorjacht.



wiesen, daß die Besatzungs-Abkommen über Berlin den Westmächten Rechtsverpflichtungen auch für den Sowjetsektor auferlegten.

Kennedy zum deutschen Botschafter: „Dann müssen Sie den Russen das Recht zubilligen, auch in West-Berlin mitzureden.“ Zudem, so Kennedy, sei es sinnlos, bei den Sowjets Rechtsansprüche auf Ost-Berlin geltend zu machen. Darüber würden die Russen nur lachen.

Die Westmächte hätten eben, so Grewe, von 1945 an mit mehr Entschiedenheit dagegen einschreiten müssen, daß die Sowjets zugunsten der SED in Etappen die Viermächte-Abkommen über Berlin ausgehöhlt und offen beschnitten hätten.

Darauf wollte Kennedy von Bonns Botschafter wissen: „Hätten die Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Ulbricht den Krieg erklären sollen?“

Seinen Beratern vertraute der Präsident an: „Herr Grewe geht mir mit seiner juristischen Besserwisseri auf die Nerven.“

Washington, 13. Juli 1961

Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates plädierte McNamara für massive Maßnahmen, um Achesons Kriszenario Nachdruck zu verleihen:

Der Nationale Notstand sollte ausgerufen werden, Reservisten und die Nationalgarde einberufen, die Wehrdienstzeit verlängert,

die Angehörigen der in Europa stationierten Soldaten zurückgeholt, die Verteidigungsausgaben um 4,3 Milliarden Dollar erhöht werden.

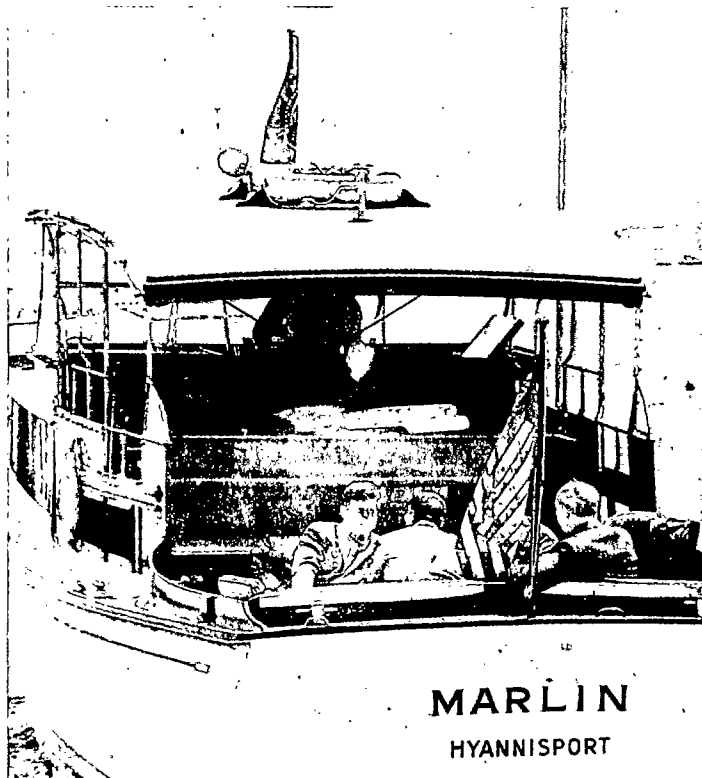
Acheson und Vizepräsident Lyndon B. Johnson waren die einzigen, die McNamara unterstützten. Die übrigen stießen sich vor allem an dem Vorschlag, den Notstand auszurufen. Rusk etwa hielt eine solche Maßnahme für eine Überreaktion. „Das klingt gefährlich nach Mobilmachung“, gab er zu bedenken.

Dean Acheson war empört. In einem Brief an seinen früheren Chef, den Ex-Präsidenten Harry Truman, klagte er über die „Schwäche an der Spitze, die alle zeigten außer Bob McNamara“, den er als „erstklassig“ schätzte. Den Präsidenten verglich er mit einem Footballspieler, der vor lauter Eifer, eine gute Figur zu machen, den Ball verschießt. Acheson: „Wir sollten durch unser Verhalten Chruschtschow unmißverständlich deutlich machen, daß wir es in Sachen Berlin toderntst meinen; Berlin symbolisiert schließlich unsere Weltposition.“

Doch Acheson verlor immer mehr an Einfluß. Am selben Tag warnte etwa Henry Kissinger seinen Chef Bundy in einer Notiz vor jeder dramatischen Geste. Die Sowjets könnten sie als „unnötig kriegerisch“, ja wohl gar als hysterisch auffassen. Eine kontinuierliche Verstärkung der militärischen Bereitschaft würde auf den Kreml mehr Eindruck machen. Kissinger riet der Regierung auch, nicht vor Verhandlungen zurückzuschrecken.

Washington, 19. Juli 1961

Vor dem engeren Kreis seiner mit Berlin befaßten Berater, der Berlin Steering Group, spulte Kennedy seine Entscheidungen herunter: Der Notstand wird nicht ausgerufen, die Militärausgaben werden um 3,2 Milliarden Dollar angehoben, nicht, wie das Pentagon vorgeschlagen hatte, um 4,3 Milliarden; der Präsident wird die Einberufungen verdreifachen und sich vom Kongreß bevollmächtigen lassen, Reservisten einzuberufen, es wird aber



Kennedy, Mitarbeiter*: „Erniedrigung oder Atomkrieg“

keine Mobilmachung erklärt; West-Berlin wird auf eine Luftbrücke vorbereitet; die Alarmbereitschaft für Bomber wird erhöht; sechs zusätzliche Divisionen werden nach und nach auf eine spätere Verlegung nach Europa vorbereitet.

Achesons Rolle als Präsidentenberater war damit praktisch ausgespielt, obwohl er offiziell diese Funktion noch eine Zeitlang ausübte. Er war ein schlechter Verlierer, vor der Arbeitsgruppe Berlin erklärte er: „Meine Herren, Sie sollten sich damit abfinden, daß dieses Land führerlos ist.“ McNamara dagegen zeigte Teamgeist. Nachdem der Präsident in der Notstandsfrage gegen ihn entschieden hatte, setzte er sich mit Vehemenz für den neuen Kurs ein.

Ted Sorensen, Kennedys Redenschreiber und seit Jahren einer seiner engsten Mitarbeiter, wurde beauftragt, zur Verkündung der Maßnahmen eine Fernsehansprache für Kennedy zu entwerfen, die ranghöchsten Präsidentenberater sollten Formulierungsvorschläge beisteuern.

Edward R. Murrow, Chef der U. S. Information Agency, lieferte das Schlagwort von der „Abstimmung mit den Füßen“ für die Massenflucht der Ostdeutschen. General Taylor steuerte pathetische Sätze gegen die Schwarzmalerei bei: „Ich höre sagen, Berlin sei militärisch unhaltbar. Genauso war es mit Bastogne (bei der deutschen Ardennenoffensive 1944) und genauso mit Stalingrad. Jede gefährliche Position kann gehalten werden, wenn Männer, tapfere Männer, es nur wollen.“ Bundy entwarf eine Passage, in der er an die „ungeheuren Verluste“ erinnerte, die „das russische Volk im Zweiten Weltkrieg so tapfer ertragen“ habe. Die TV-Ansprache war für den 25. Juli, 22 Uhr, angesetzt.

Washington, 25. Juli 1961

Gegen 20 Uhr brachte Ted Sorensen dem Präsidenten den Text ins Weiße Haus. Kennedy saß im Bett, hinter sich ein Heizkissen wegen der chronischen Rückenschmerzen, und feilte an einem Schlußwort. Es war nichts Besonderes („Ich brauche Ihren guten Willen und Ihre Gebete“), aber es ging schließlich um eine historische Rede, und die sollte in persönlichem Ton enden. Herauskam eine ungewöhnlich düstere Rede, und nicht eben eine seiner stärksten (siehe Kasten Seite 164).

Im Oval Office hatte man die Klimaanlage abgeschaltet, damit Kennedys Mikrofon keine Nebengeräusche einfing. Kennedy wirkte verkrampft, er verpatzte ein paar Zeilen und geriet unter den Scheinwerfern reichlich ins Schwitzen. Das sollte ein Omen sein,



Kennedy, Botschafter Grewe
„Der geht mir auf die Nerven“

obwohl die Wärme gar nichts war im Vergleich zur hitzigen Reaktion Chruschtschows.

Moskau, Ende Juli 1961

John McCloy hatte mit seinen 66 Jahren eine Menge Geschichte als Augenzeuge miterlebt. Im Zweiten Weltkrieg hatte er Präsident Truman beraten, als es um die Entscheidung ging, die Atombombe einzusetzen. Nach dem Krieg war er Präsident der Weltbank und US-Hochkommissar in Deutschland gewesen. Und jetzt mußte er, von Kennedy als Abrüstungsberater in die Regierung geholt, ein einzigartiges Schauspiel erleben: die Verwandlung des Nikita Chruschtschow von Dr. Jekyll in Mr. Hyde.

McCloy war nach Moskau gekommen, um die Grundlagen für eine Ost-West-Konferenz über Atomwaffen zu legen. Chruschtschow hatte ihn in sein Feriendomizil eingeladen, und der erste Tag, es war der 26. Juli, verlief auch ganz idyllisch – ein vergnügliches Sommerintermezzo auf Chruschtschows Datscha in Sotschi am Schwarzen Meer.

Chruschtschow lieb McCloy eine – viel zu große – schwarze Badehose; die Herren gingen schwimmen und spielten Tennis, wobei McCloy diplomatisch auf seinen gewichtigen Partner Rücksicht nahm. Zur politischen Lage machte Chruschtschow nur gelegentlich beiläufige Bemerkungen. So verglich er etwa den diplomatischen Notenaus-

tausch über die Deutschlandfrage mit dem Hin- und Herschießen eines Fußballs. „Das wird wahrscheinlich so weitergehen bis zu einem Vertragsabschluß“, meinte er und wirkte dabei ganz gelassen.

Anderntags „brach der Sturm los“, wie McCloy in einem Telegramm an Kennedy berichtete. Chruschtschow hatte die Rede des Präsidenten gelesen, und nun wurde er wild. Unbeherrscht brandmarkte er die Rede als „Vorstufe der Kriegserklärung“. Ein derartiges Ultimatum würden die Sowjets nie und nimmer hinnehmen. Sie würden mit den Ostdeutschen einen separaten Friedensvertrag schließen, „ohne Rücksicht auf die Folgen“. Der Zugang nach Berlin werde gesperrt, und wenn die Alliierten mit Gewalt in die Stadt zu kommen versuchten, gebe es Krieg, und zwar „thermonuklearen“. Amerika

und die Sowjetunion würden den vielleicht überleben, nicht aber Amerikas europäische Verbündete.

Blieb Chruschtschow damit noch im Rahmen dessen, was er immer schon angedroht hatte, so zog er nun ein noch stärkeres Register: Bekanntlich werde dieser Krieg durch die größten Raketen entschieden, und McCloy möge sich doch bitte merken, daß die Sowjetunion eine 100-Megatonnen-Bombe über Amerika abwerfen könne. Seine Wissenschaftler, so Chruschtschow, „brennen darauf“, die „Superbombe“ auszuprobieren.

Aber auch ohne amerikanische Aggression könne jeden Augenblick Krieg ausbrechen, fuhr der Kreml-Chef fort. Die Massenflucht der Ostdeutschen könne Unruhen wie die vom 17. Juni 1953 auslösen, und dann würden, so spekulierte er, die Westdeutschen womöglich die DDR angreifen.

McCloy suchte diese Befürchtung zu zerstreuen, indem er versicherte, die Westdeutschen seien in die Nato eingebunden und somit unter der Kontrolle Amerikas. Für Chruschtschow war das kein Argument. „Den alten Nazi-Generälen“, sagte er, sei nicht zu trauen, die würden die augenblickliche Schwäche der DDR ausnutzen. Er müsse die Massenflucht der Ostdeutschen beenden. Er sagte nicht, wie.

Allmählich beruhigte er sich. Wenn beide Seiten „Verständigkeit“ zeigten, sei der Krieg vermeidbar. Er, Chruschtschow, vertraue auf Kennedys gesunden Menschenverstand. Der Westen

werde doch wohl nicht für die Besatzungsrechte in West-Berlin in den Kampf ziehen. Warum sollten Moskau und Washington nicht über Deutschland ins reine kommen können?

McCloy war beunruhigt durch Chruschtschows „groben, kriegerischen Ton“. In seinem Bericht vom 29. Juli stellte er Kennedy vor ein Dilemma: Einerseits war die Situation um Berlin seiner Meinung nach „noch nicht reif für irgendwelche Verhandlungen“, andererseits war sie „zu gefährlich“, als daß man sie einfach „treiben lassen“ könnte. Kennedy rief McCloy daraufhin sofort zum persönlichen Rapport nach Washington zurück.

Am 30. Juli wurde William Fulbright, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Beziehungen, im Fernsehen gefragt, ob er bereit sei, „irgendein Zugeständnis des Westens zu akzeptieren, durch das West-Berlin als Schlupfloch für Flüchtlinge verriegelt würde“. Der Senator antwortete: „In Wahrheit ist es doch so, daß die Russen in jedem Fall die Macht haben, die Stadt dichtzumachen.“ Sie könnten es, „ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen“, in der nächsten Woche tun.

Fulbright, der einzige verantwortliche amerikanische Politiker, der sich entschieden gegen die Schweinebucht-Invasion ausgesprochen hatte, wollte Berlin von der Liste der weltpolitischen Pulver-

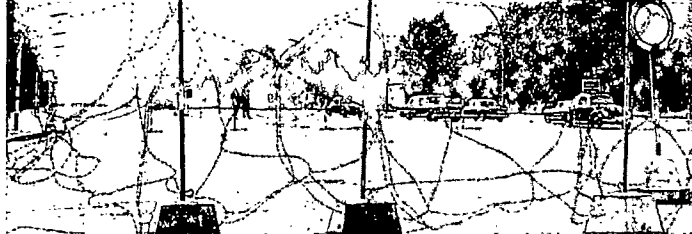


Kennedy-Berater Schlesinger
„Schiß oder nicht?“

fässer streichen. „Ich verstehe gar nicht“, sagte er, „warum die Ostdeutschen ihre Grenze nicht schließen; ich meine, sie haben ein Recht dazu.“

Moskau, Anfang August 1961

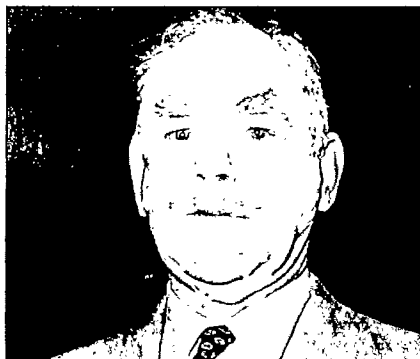
Was die Amerikaner nicht wußten: Chruschtschow war genauso wie Kennedy darüber besorgt, daß es wegen Berlin zu einem Atomkrieg kommen könnte. Anfang 1961 hatte der sowjetische Botschafter in Ost-Berlin, Michail Perwuchin, einem SPIEGEL-Bericht zufolge, den DDR-Staatsratsvorsitzenden Ul-



bricht davon unterrichtet, das schon 1958 von Chruschtschow angekündigte Projekt einer „Freien Stadt“ West-Berlin werde zunächst weiter auf Eis bleiben. Perwuchin zu Ulbricht: Chruschtschow wolle erst sehen, wie sich sein Verhältnis zu dem neuen US-Präsidenten Kennedy entwickle.

Kurz darauf legte die Staatliche Plankommission der DDR Ulbricht die Fluchtbilanz des Jahres 1960 vor: 199 188 Bürger hatten in zwölf Monaten dem „ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat“ den Rücken gekehrt. Davon waren 152 291 über die offene Grenze nach West-Berlin entkommen.

Am 16. März setzte Ulbricht sein Flüchtlings-Problem auf die Tagesordnung einer Plenarsitzung des Zentralkomitees der Einheitspartei. Unter strikter Geheimhaltung hielt der SED-Chef selbst das Hauptreferat und warf die Frage auf, ob der Republikflucht nicht durch die Schließung der Sektorengrenze begegnet werden müsse.



Kennedy-Kritiker Acheson
„Dieses Land ist führerlos“

Am 29. März griff er das Thema auf einer Vollkonferenz der Warschauer-Pakt-Staaten in Moskau wieder auf. Ulbricht plädierte – so berichtete der SPIEGEL 1966 – dafür, die Fluchtlöcher nach West-Berlin zu „verstopfen, mit Posten unserer Grenzorgane, mit Barrieren, vielleicht auch mit Stacheldrahtzäunen“.

Die Zuhörer waren skeptisch. Die Ungarn wandten ein, Stacheldraht quer durch Berlin sei dem Ansehen des sozialistischen Lagers abträglich. Andere machten sich Sorgen, daß militärische Konflikte entstehen könnten. Chruschtschow hielt Ulbrichts Vorschlag für voreilig. Er bedeutete dem SED-Chef, eine radikale Absperrung passe nicht in die gegenwärtige sowjetische Taktik. Er wolle das Wiener Gipfeltreffen im Juni nicht gefährden und erst herausfinden, woran er mit dem neuen US-Präsidenten Kennedy in Sachen Berlin sei.

Keiner, auch Chruschtschow nicht, fühlte sich gedrängt, Ulbricht in seiner schwierigen Lage beizustehen. Die Ostblock-Kommunisten waren von jeher mißtrauisch gegen deutsche Genossen. Wenn sie unter sich waren, tuschelten sie noch immer über die Deutschen, im Grunde seien sie alle Faschisten. Und der arrogante Ulbricht machte sich besonders unbeliebt, weil er keine Gelegenheit ausließ, darauf hinzuweisen, daß die DDR das Schaufenster des Kommunismus zum Westen sei und daher besondere Unterstützung von Müttern Rußland verdiene.

Nur ein Zugeständnis durfte er damals aus Moskau mitnehmen: die Vollmacht, für den Fall einer Grenzabriegelung „alles vorzubereiten“. Und so erteilte er nach Rückkehr in Ost-Berlin zugleich den Auftrag an Erich Honecker, sich um Organisation, Männer und Material zu kümmern.

Obwohl es sich um eine der ehrgeizigsten Bauunternehmungen der Moderne handeln würde, mußten die Vorbereitungen unter größter Geheimhaltung getroffen werden.

Honecker war angetan. Der frühere FDJ-Chef und derzeitige ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen machte sich Hoffnungen auf die Nachfolge Ulbrichts. Wenn er seinesgleichen – und der Geschichte – zeigen konnte, daß er dieses „schreckliche Problem“ mit den Flüchtlingen zu lösen verstand, dann war seine Zukunft gesichert.

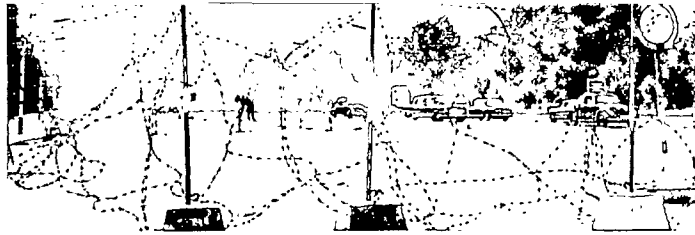
Nachdem Ulbricht Mitte Juni auf einer Pressekonferenz für West-Journalisten



Kennedy-Redenschreiber Sorensen
Text ans Bett gebracht

in einem Dementi ungefragt das Wort „Mauer“ benutzt hatte („Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“), machte er, wie der SPIEGEL später berichtete, dem SED-Zentralkomitee hinter verschlossenen Türen die schreckliche Situation deutlich: Allein im ersten Halbjahr 1961 seien wieder 100 000 DDR-Bürger den Verlockungen des kapitalistischen Westens erlegen.

Zu der Sitzung des ZK hatte der Staatsratsvorsitzende auch die in Ost-Berlin akkreditierten Botschafter der Warschauer-Pakt-Staaten geladen, und allmählich zeigte Ulbrichts Zermürbungstaktik gegenüber den Genossen im



Osten die gewünschten Erfolge: Aus der UdSSR wurden frische Truppen zusätzlich nach Polen verlegt. An Eisenbahnbrücken, Elektrizitäts- und Wasserwerken sowie an Versorgungs-Depots in der Zone zogen bewaffnete Einheiten auf. Jetzt verlangte sogar Polens KP-Chef Gomulka von Chruschtschow, die Gefahr in der DDR zu bannen.

Am 3. August trafen in Moskau die Parteichefs und Regierungsvertreter der Warschauer-Pakt-Staaten zusammen. Ulbricht stimmte aufs neue seine Litanei

an. Die Abwanderung, beeinträchtigte die Wirtschaft der DDR. Wenn sie nicht sofort unterbunden würde, könne er sei-

ne Verpflichtungen, Rohstoffe und Fertigprodukte an die Bruderstaaten im sowjetischen Lager zu liefern, nicht erfüllen. Die Lage in seinem Land sei explosiv. Jeden Tag könne der „Klassenfeind“ mit einem Putsch losschlagen.

Zögernd ließen sich Chruschtschow und seine Partner auf Absperrung der Sektorengrenze von Berlin ein – unter der Voraussetzung, daß die Ostdeutschen rechtzeitig zur Schlußsitzung am Samstag, dem 5. August, zwei Fragen überzeugend beantworteten: Kann die

„Berlin – Prüfstein für unseren Mut“

Aus der Fernsehansprache John F. Kennedys am 25. Juli 1961

In Berlin will Ministerpräsident Chruschtschow durch einen Federstrich erstens unsere legalen Rechte auf Anwesenheit in West-Berlin aufheben und zweitens uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen gegenüber den zwei Millionen Einwohnern dieser Stadt zu erfüllen. Das können wir nicht zulassen. Wir sind uns darüber im klaren, was getan werden muß – und wir werden dies tun.

Die unmittelbare Bedrohung der freien Menschen liegt in West-Berlin. Aber dieser isolierte Vorposten ist kein isoliertes Problem. Die Bedrohung ist weltumfassend. Unsere Anstrengung muß gleichermaßen umfassend und stark sein und nicht von einer einzelnen angezettelten Krise allein beherrscht. Wir sehen uns einer Bewährungsprobe in Berlin gegenüber.

Unsere Anwesenheit hier ist ein Resultat unseres Sieges über Nazi-Deutschland – und zu unseren Grundrechten, dort zu sein, die aus diesem Sieg stammen, gehört sowohl unsere Anwesenheit in West-Berlin wie auch die Wahrnehmung des Rechtes auf Zugang durch Ostdeutschland.

Berlin ist nicht ein Teil Ostdeutschlands, sondern ein separates Gebiet unter der Kontrolle der Alliierten Mächte. Somit sind unsere diesbezüglichen Rechte klar definiert und tief verwurzelt.

Deshalb kann unserer Anwesenheit in West-Berlin und unserem Zugang zu dieser Stadt nicht durch irgendwelche Handlungen der Sowjetregierung ein Ende gesetzt werden.

Schon vor langer Zeit wurde West-Berlin unter die Obhut des Nato-Schildes genommen, und wir haben unser



Kennedy bei der TV-Rede
„Wir haben unser Wort gegeben“

Wort gegeben, daß wir jeden Angriff auf diese Stadt als einen gegen uns alle gerichteten Angriff betrachten werden.

West-Berlin ist zu dem großen Prüfstein für den Mut und die Willensstärke des Westens geworden, zu einem Brennpunkt, in dem unsere feierlichen, durch all die Jahre bis 1945 zurückreichenden Verpflichtungen jetzt mit den sowjetischen Ambitionen in grundsätzlicher Gegenüberstellung zusammentreffen. Es wäre ein Fehler, wenn andere Berlin – seiner Lage wegen – als ein verlockendes Ziel ansähen.

Ich habe sagen hören, West-Berlin sei militärisch unhaltbar. Dies war Bastogne auch und in der Tat auch Stalingrad. Jede gefährliche Position ist zu halten, wenn tapfere Männer dafür einstehen. Wir wollen den Kampf nicht – aber wir haben schon gekämpft.

Wir können und werden es nicht zulassen, daß die Kommunisten uns – sei es allmählich oder mit Gewalt – aus Berlin treiben.

Wir werden zu allen Zeiten zu Gesprächen bereit sein, wenn Gespräche nützen. Aber wir müssen genauso bereit sein, der Gewalt Widerstand zu leisten, wenn uns gegenüber Gewalt angewendet wird.

Wir haben bereits früher unsere Bereitschaft bekundet, jedwede wirkliche Störungsfaktoren in West-Berlin zu beseitigen, aber über die Freiheit dieser Stadt gibt es kein Verhandeln. Wir können nicht mit den-

nen verhandeln, die sagen, was mir gehört, ist mein, und was dir gehört, darüber läßt sich reden.

Wenn irgend jemand Zweifel hegt, in welchem Maße die Bevölkerung West-Berlins unsere Anwesenheit wünscht – verglichen mit den Gefühlen, die die Ostdeutschen gegenüber ihrem Regime hegen –, so sind wir bereit, diese Frage zur freien Abstimmung in Berlin und, wenn möglich, dem ganzen deutschen Volk zu stellen. Und lassen Sie uns auch gleichzeitig die zweieinhalb Millionen Flüchtlinge hören, die vor dem kommunistischen Regime in Ostdeutschland geflohen sind und die mit ihren Füßen für die westliche Form der Freiheit gestimmt haben.

Um alles noch einmal zusammenzufassen: Wir erstreben den Frieden – aber wir werden nicht kapitulieren. Das ist der zentrale Inhalt dieser Krise und der Inhalt unserer Regierungspolitik.

DDR-Staatsgewalt die unruhigen Arbeiter im Zaum halten? Und kann die DDR einer Wirtschaftsblockade standhalten, wenn die Westdeutschen den Interzonenhandel einfrieren?

Ost-Berlin; 4. August 1961

Ulbricht flog sofort zurück nach Ost-Berlin und beorderte seine sechs wichtigsten Mitarbeiter ins SED-Getto nach Wandlitz, darunter Willi Stoph, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, und Erich Honecker, die sich um militärische und polizeiliche Vorkehrungen zu kümmern hatten. Die anderen klärten die ökonomischen Punkte ab.

Die Beurteilung der Wirtschaftslage fiel günstig aus, nicht aber die Einschätzung der militärischen Situation. Laut Übersicht von Willi Stoph und Erich Honecker konnten die verfügbaren 8200 Vopos und 3700 Bereitschaftspolizisten durch 12 000 Mann aus den Betriebskampfgruppen und 4500 Mann aus den Einheiten des Stasi verstärkt werden.

Doch schätzten die SED-Oberen, daß zusätzlich 40 000 Mann benötigt würden, wenn Unruhen wie 1953 zu unterbinden seien. Die 10 000 Volksarmisten mit ihren 150 Panzern, die regulär in und um Berlin stationiert waren, müßten durch Miliz aus dem politisch zuverlässigen Sachsen verstärkt werden, und Honecker bot von sich aus die Dienste seiner vormaligen Schützlinge, der FDJ, für den Patrouillendienst an der Grenze an.

Honeckers akribische Übersicht über die Bereitstellung des Materialbedarfs machte Eindruck. Gewaltige Mengen waren zu transportieren – und dies bei totaler Geheimhaltung. Ein großer Posten Stacheldrahtrollen war bereits vor Ost-Berlin bereitgestellt.

Blieb nur noch – vorbehaltlich der Zustimmung durch Chruschtschow –, den genauen Zeitpunkt für die Aktion festzulegen. Ein normaler Arbeitstag, an dem mehr als 40 000 reguläre Grenzgänger aus dem Osten zur Arbeit in den Westen und 13 000 West-Berliner zur Arbeit in den Osten wechselten, kam nicht in Frage. Dabei konnte es leicht zu Zwischenfällen kommen.

Ideal war aus der Sicht der DDR-Abgrenzer ein Wochenende, zumal jetzt im Hochsommer. Die Einheimischen würden sich im Grünen vom Alltag erholen und die verantwortlichen Politiker im Westen ebenfalls. Das nächste Wochenende stand zu dicht vor der Tür, das darauffolgende bot sich an, der 12. und der 13. August.

Moskau, 5. August 1961

Zurück in Moskau, trug Ulbricht den Pakt-Kollegen die in Ost-Berlin gewonnenen Erkenntnisse vor. Sein nunmehr

unzweideutig bekundeter Plan, eine massive Mauer und nicht nur einen Stacheldrahtzaun zu errichten, stieß auf Unbehagen bei den Ostblock-Genossen. Chruschtschow schlug einen Kompromiß vor: Zuerst solle die Grenze durch Stacheldraht gesperrt werden. Wenn der Westen, wie erwartet, nicht reagieren werde, dann könne man den Zaun durch eine Mauer ersetzen. Unter keinen Umständen sollten Ulbrichts Männer sich auf westliches Gebiet vorwagen.

„Danke, Genosse Chruschtschow“, sagte Ulbricht schließlich. „Ohne Ihre Hilfe könnten wir dieses schreckliche

nachmittag zusammenkam. Die von Vertretern der diversen alliierten Nachrichten- und Geheimdienste besetzte Beobachtungsgruppe war erst im Juni als Krisenbeihelf organisiert worden: Man hoffte, endlich Linie in die Auswertung des Materials zu bringen und zu vermeiden, daß die vielen westlichen Nachrichtensammler weiterhin übereinander stolpten.

„Von“, mit vollem Namen Ernest von Pawel, trotz seines Spitznamens ein waschechter Amerikaner aus Laramie, Wyoming, war Chef der amerikanischen Militärmission beim sowjetischen Hauptquartier in der DDR mit Sitz in



Kremi-Chef Chruschtschow: Drohung mit der Superbombe

Problem nicht lösen.“ Chruschtschow antwortete: „Ich bin einverstanden – aber keinen Millimeter weiter!“

Einer der Russen, der – auf Betreiben Chruschtschows – an der Moskauer Mauer-Konferenz teilnahm, trug Uniform: Sowjetmarschall Iwan Konew.

West-Berlin, 9. August 1961

„Ich wette, die bauen eine Mauer“, wiederholte der amerikanische Oberst, den die anderen „Von“ nannten. Stühle rücken. Die Männer standen auf, um den Konferenzraum in der West-Berliner Clayallee zu verlassen.

„Von, Sie sehen zu schwarz“, meinte der Vertreter des britischen Geheimdienstes, als er mit dem Oberst die von Teilnehmern sogenannte Gebetsstunde des nachrichtendienstlichen Koordinierungsausschusses („Berlin Watch Committee“) verließ, der jeden Mittwoch-

Potsdam. Er hatte sich auf dieser Konferenz am 9. August mit seinen Kollegen angelegt, die fast einhellig entgegengesetzter Meinung waren. Der CIA-Vertreter, John P. Dimmer Jr., Vize der Berliner CIA-Filiale, meinte, eine Mauer würde „politischen Selbstmord“ für Walter Ulbricht bedeuten. Andere meinten, eine Mauer mitten in Berlin sei „unausführbar“ und wohl das „unwahrscheinlichste“ Mittel, den Flüchtlingsstrom zu stoppen.

Von Pawel räumte ein, daß er keine Beweise für die gegenwärtigen Absichten der Kommunisten habe, dennoch blieb er bei seinem Verdacht. Er erinnerte daran, daß die Deutschen während des Zweiten Weltkrieges eine Mauer in Warschau gebaut hatten, um das jüdische Getto abzuriegeln. „Wenn Sie meinen, eine Mauer sei die unwahrscheinlichste Alternative, dann wette ich genau darauf, denn bisher haben wir die Ab-

sichten der Sowjets noch nie durchschaut“, sagte von Pawel.

Einen Kollegen hatte er auf seiner Seite: Oberstleutnant Thomas McCord, Chef der Armeeaufklärungseinheit 513. Als der Vorsitzende der Beobachtungsgruppe den Oberstleutnant fragte: „Glauben Sie, daß die eine Mauer bauen wollen, Tom?“, gab der nur zur Antwort: „Ja.“

Für McCord war das ziemlich sicher. Ulbricht mußte sein Volk einfach davon abhalten zu fliehen. Ihm standen zwei Methoden zur Verfügung: ein richtiger Zaun oder einer aus Menschen. McCord hielt eine Menschenkette von Aufpassern für sinnlos; die Wachen würden am Ende selbst weglaufen. Damit blieb eine richtige Mauer die einzig realistische Alternative. Und im Unterschied zu von Pawel hatte McCord nicht nur einen Verdacht. Er hatte von deutschen Informanten einige deutliche Hinweise bekommen; einer davon enthielt sogar das korrekte Datum.

Der Bericht hatte ihn am Sonntag zuvor erreicht. Die Quelle war neu: ein Arzt aus der ländlichen Umgebung Berlins, gleichzeitig SED-Mann und Mitglied eines wichtigen Parteiausschusses in seinem Bezirk. Es war der erste Bericht dieses Arztes, und er war sensationell. Man hatte seinen Ausschub über „drastische Maßnahmen“ zur Abriegelung West-Berlins schon am nächsten Wochenende informiert. Mehrere Sowjet- und DDR-Divisionen würden eingesetzt. Örtliche Notstandsmaßnahmen wie Schlachtungen und Einlagerung von Fleischvorräten waren vorgesehen.

McCord und zwei weitere Oberste analysierten den Bericht gemeinsam mit dem Chef der CIA Berlin, William J. Graver. Das Ergebnis, das McCord an jenem 9. August seinen Kollegen in der Beobachtungsgruppe vortrug, war bedauerlich. Die Auswertung hatte ergeben, daß die Quelle vorher nicht überprüft worden war; außerdem schien der Viehbestand, den der Doktor angegeben hatte, weit übertrieben für seinen Bezirk; und eine der von ihm genannten Sowjet-Divisionen war falsch bezeichnet. Daher entschied die Gruppe, den Bericht mit einem Vermerk weiterzuleiten, der ihn automatisch dem Papierkorb überlieferte.

Anderen Berichten erging es ähnlich. Die Franzosen etwa hörten von ihrem besten Agenten in Ost-Berlin, einem Zahnarzt, daß einige Patienten, Angehörige der SED-Prominenz, ihm während der Behandlung mitgeteilt hätten, die DDR plane einen größeren Schlag gegen West-Berlin. Der Zahnarzt erfuhr zwar keine Einzelheiten; abgesehen davon waren seine Informationen eindeutig. „Sie wollen Absperrungen mitten durch Berlin bauen“, unterrichtete er seinen französischen Führungsoffizier.



DDR-Flüchtlinge in West-Berlin*: „Ostdeutschland blutet aus“

Die Männer der Berliner Beobachtungsgruppe, die da an jenem Mittwoch vor dem Bau der Mauer zusammengesessen hatten, hielten sich für hochqualifiziert. Sie waren die besten in der Branche, wie sie fanden, und hielten eine stolze Tradition aufrecht. Ihr Schutzpatron war der legendäre William King Harvey, Chef der CIA-Basis in den fünfziger Jahren. Viele bei der Berliner Abteilung hatten bei ihm das Spionagewerk gelernt, darunter Bill Graver, genannt „El Supremo“.

Zu Bill Harveys Berliner Zeit war die Stadt ein einmaliges Spionagezentrum. „Es gab dort mehr Agenten pro Quadratmeter als sonstwo auf der Welt“, berichtete Kennedys Militärberater General Taylor. Wenn man die griechischen und norwegischen Dienste dazuzählte, dann gab es ein Durcheinander von 86 verschiedenen Informationsnetzen. „Es war ein absolutes Tollhaus“, versicherte mir ein amerikanischer Agent. Bei der CIA hießen die Kundschafter der Berliner Basis nur „Berliner Cowboys“.

* Im Notaufnahmelager Marienfelde am 12. August 1961.

Aus diesem Chaos ragte für Eingeweihte ein Geheimdienstmann und ein Unternehmen heraus: Basis-Chef Bill Harvey und sein Meisterwerk, die „Operation Gold“, der berühmte „Berliner Tunnel“. In den Jahren 1955 und 1956 hatten die Abhörgeräte in „Harveys Loch“ unter Ost-Berlin – Tiefe 6 Meter, Länge 450 Meter, Durchmesser 2 Meter – elf Monate und elf Tage lang nicht nur sämtliche sowjetische Telefongespräche in der DDR, sondern nahezu des ganzen Ostblocks abgehört und dazu die Kommunikation zwischen dem russischen Hauptquartier in Karlshorst und Moskau aufgezeichnet.

Kein Wunder, daß John F. Kennedy der Berliner Tunnel, ein Symbol sprudelnder Geheimdienstmeldungen, in den Sinn kam, als er am 13. August 1961 davon erfuhr, daß die Kommunisten in Ost-Berlin eine riesige unentdeckte militärische Operation hatten ausführen können. Der Präsident erinnerte sich wohl kaum daran, daß dieser Tunnel, der bei seiner „Aufdeckung“ durch die Sowjets 1956 Furore machte, ein reiner Flop gewesen war: Die Sowjets wußten von seiner Existenz, wie sich herausstellte, ließen die CIA aber gewähren, um ih-

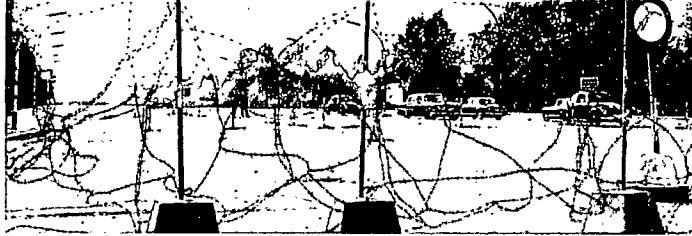
rerseits einen eigenen Spion in der CIA nicht zu gefährden.

Im August 1961 war Berlin immer noch die ergiebigste Nachrichtensammelstelle der Welt. „Berlin. Was für eine Hochburg der Spione“, schrieb John le Carré 1986 in seinem Roman „Ein blendender Spion“. „Wir hatten Wühler und Schmuggler, Lauscher und Fälscher, Ausbilder und Anwerber, Talentsucher und Kurier, Oberservanten und Verführer, Mörder und Ballonflieger, Lippenleser und Verkleidungskünstler. Doch was immer die Briten hatten, die Amerikaner hatten mehr, und was immer die Amerikaner hatten, die Ostdeutschen hatten das Fünffache davon und die Russen das Zehnfache.“

In Berlin hatte der Eiserner Vorhang ein Loch, durch das man schlüpfen konnte, nicht nur in die DDR, sondern in den gesamten Ostblock, die Sowjetunion eingeschlossen, und die USA unternahmen alle Anstrengungen, dieses gewaltige Potential anzuzapfen.

Das CIA-Personal zählte nur etwa 100 Köpfe, doch jeder der 40 Führungsoffiziere hatte etwa ein Dutzend Spione an der Hand und traf sich regelmäßig in West-Berlin mit ihnen. Die amerikanischen Geheimdienstler selbst durften nicht in den Osten fahren. Die Agenten, die zu Hunderten im Ostblock herum-schwirrten, waren deshalb stets anderer Nationalität. Wenn einer von ihnen von einer Erkundungstour zurückkam, wurde er von einem amerikanischen Spezialisten hochnotpeinlich darauf geprüft, ob er von der anderen Seite womöglich „umgedreht“ worden war. Führungsoffiziere hetzten sich ständig ab, um „tote Briefkästen“ innerhalb von 15 Minuten zu leeren.

Wenn es sein mußte, lieferte die Technische Abteilung der CIA Requisiten nach James-Bond-Art. Pässe, echte oder falsche, mit oder ohne Foto, konnten bestellt werden wie Würstchen im Schnellimbiss. Waffen auch sowie Sender, oder Personalausweise, die, sehr aufmerksam, für eigene „Ergänzungen“ Platz ließen. Abgerissene Theaterkarten, benutzte Flugscheine, Hotel- oder Kaufhausrechnungen und sonstige plausible Tascheninhalte standen zur Verfügung, damit sich die angebliche Anwesenheit eines Agenten zu irgendeinem Zeitpunkt an



irgendeinem Ort dokumentieren ließ. Kein Mätzchen wurde ausgelassen, um eine Tarngeschichte zu untermauern.

An diesem Tummelplatz der Spione in Berlin grassierte eine Seuche. Sie wurde selten erwähnt, vielleicht hätte es den Spaß verdorben: Überdruß. „Zuviel von zu vielen“, hörte ich von einem amerikanischen Nachrichten-Spezialisten, der für die U.S. Air Force Informationen von den Flüchtlingen ergatterte, die in das Lager Marienfelde strömten.

Die schiere Fülle in dieser Oase bedingte eine wilde Jagd nach den ergiebigsten Informationsquellen. Jahrelang brachte der Air-Force-Mann täglich die jeweils neueste Liste mit den Personalangaben der Neankömmlinge eigenhändig vom Lager in die Zentrale an der Clayallee. Unterwegs öffnete er den Umschlag, notierte sich ausgesuchte Namen für die Air Force und verschloß den Umschlag wieder, damit der „Gegner“, sprich CIA, nichts merkte.

Unmut und Widerstand gegen die CIA und ihre elitären Snobs saßen tief bei den zahlreichen Konkurrenten. „Wir brauchten keine CIA-Gestalten, die mit ihren Kameras rumschlichen und das gleiche machten wie wir“, schnaubte noch 25 Jahre nach dem Bau der Mauer E. Allan Lightner Jr. aus dem Außenmi-



Mauer-Planer Ulbricht
Angst vor einem Putsch des Klassenfeindes

nisterium, seinerzeit Vize der US-Mission in Berlin.

Als sich die CIA-Leute später fragten, warum sie nicht den geringsten Wink

erhalten hatten, daß die Mauer gebaut werden würde, schoben sie einen Teil der Schuld dem Umstand zu, daß Späher ohne spezifische Instruktionen, wonach sie eigentlich suchen sollten, losgeschickt worden waren. Sie suchten nicht nach Anzeichen für eine Mauer, daher war es auch unwahrscheinlich, daß sie welche finden würden. Und da Washington Ost-Berlin abgeschrieben hatte, gab es für niemanden einen Grund, sich noch weiter den Kopf zu zerbrechen.

Das Nachrichten-System war zu groß geworden, zu komplex und zu schwergängig, um der Forderung des Generals George Marshall zu genügen: 24 Stunden vorher über einen wichtigen Schritt eines wichtigen Gegners Bescheid zu wissen.

Washington, 10. August 1961

Was gedachte der Präsident wegen der ostdeutschen Flüchtlinge zu tun? Er hatte darauf unterschiedliche Antworten, die eine öffentlich, die andere inoffiziell. Auf seiner Pressekonferenz vom 10. August galt dem Flüchtlingsdilemma folgender Dialog:

Frage: „Herr Präsident, einige Mitglieder Ihrer Regierung und auch andere Leute haben inoffiziell Besorgnis geäußert, daß die anhaltende Massenflucht von Ostdeutschen in den Westen mit einem Gewaltakt enden könnte. Senator Fulbright hat die Ansicht geäußert, daß die Grenze geschlossen werden könnte. Können Sie mir sagen, wie Sie die Gefahr einschätzen und ob die Regierung irgendeine Taktik verfolgt, die Flucht-bewegung in den Westen zu unterstützen oder zu mißbilligen?“

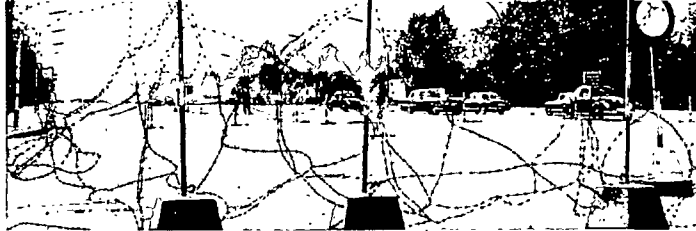
Antwort: „Natürlich sind wir besorgt... Die Flucht-bewegung... hat sich enorm beschleunigt... Die US-Regierung will die Flüchtlinge weder ermutigen noch will sie sie entmutigen.“

Die Antwort war bemerkenswert wegen der Auslassungen. Sie bewertete nicht die Gefahr im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom. Sie verwies nicht auf das Recht auf Freizügigkeit in ganz Berlin. Und sie ließ den Senator Fulbright unwidersprochen.

„Der Eindruck ist unabweisbar“, kommentierte ein Historiker später, „daß die Vereinigten Staaten das Flüchtlingsproblem für eine rein ostdeutsche Sache hielten und nichts hätten tun wollen, sollten die Ostdeutschen etwas dagegen unternehmen.“

Inoffiziell hatte der Präsident solch einen Laissez-faire-Standpunkt schon ein paar Tage früher eingenommen, als er mit seinem Berater Walt Rostow durch

die Colonnaden neben dem Rosengarten des Weißen Hauses schlenderte. Kennedy bezog sich auf das, was Chruschtschow in Sotschi



zu McCloy gesagt hatte, und erklärte Rostow, die Sowjets würden den Flüchtlingsstrom unter Kontrolle bringen müssen. Die Sowjets könnten Ost-Berlin nicht einfach leerrieseln lassen. „Ich kann die Nato mobilisieren, wenn er etwas mit West-Berlin anzustellen versucht“, sagte der Präsident zu Rostow, „aber nicht, wenn er nur in Ost-Berlin etwas unternimmt.“

Kennedy hatte keinen Zweifel, daß Chruschtschow handeln würde. Der Kreml-Chef sehe sich einer „unerträglichen Situation gegenüber. Ostdeutschland blutet aus, und dann ist der ganze Ostblock gefährdet. Er muß etwas unternehmen, um das zu unterbinden. Vielleicht durch eine Mauer.“

Das verhängnisvolle Wort war ausgesprochen, wenn auch nur vertraulich.

Zossen, DDR, 10. August 1961

„Meine Herren, mein Name ist Konew“, sagte der glatzköpfige, untersetzte Mann in der Uniform eines Sowjetmarschalls. „Sie haben vielleicht schon von mir gehört.“ Seine Augen funkelten.

Den Oberst von Pawel von der amerikanischen Militärmission haute es um. Völlig verblüfft schüttelte er im Hauptquartier der sowjetischen Truppen in Deutschland die Hand des Russen. Natürlich hatte er vom Marschall gehört. Konew, „der Panzer“, war der Eroberer von Prag und zusammen mit Schukow auch Eroberer von Berlin, vor seinem Ruhestand Oberkommandierender der Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten.

„Ich bin jetzt der Befehlshaber“, sagte Konew, und von Pawel wußte, was das bedeutete. Es war so, als hätten die Amerikaner Eisenhower aus dem Ruhestand geholt. Da bahnte sich nicht nur eine enorme Sache an, sondern die Russen wollten offenbar sicherstellen, daß die Amerikaner von dieser enorm großen Sache beeindruckt waren. Und da Konew bekanntermaßen die Deutschen verachtete, signalisierte seine Ernennung zugleich den Ostdeutschen, daß die Russen am Drücker waren.

Von Pawel bewunderte, wie die Sowjets ihre Überraschung inszeniert hatten. Niemand ahnte, daß Konew aus dem Zylinder gezogen wurde. Am Morgen waren der amerikanische Oberst ebenso wie sein britischer und sein französischer Kollege für 16.30 Uhr nach Zossen zum „Oberbefehlshaber“ bestellt worden. Das wäre normalerweise Generaloberst Iwan Jakubowski gewesen, aber der stand nun ehrer-

bietig in seinem eigenen Büro in der Eke, während Konew die West-Offiziere wie üblich zu Champagner und Kaviar bat.

Es ging jovial zu, ausgetauscht wurden nur Banalitäten. Aber später am gleichen Tag bei einem Essen zu Ehren der drei alliierten Kommandanten aus West-Berlin servierte der Marschall beiläufig ein Häppchen Information. Einer der West-Generäle bemerkte: „Wir hören, daß bei Ihnen erhebliche Militärtransporte stattfinden.“

„Meine Herren, Sie können beruhigt sein“, antwortete der Marschall. „Was

Ost-Berlin, 11. August 1961

Auf einer Sitzung der DDR-Volkammer berichtet der stellvertretende Ministerpräsident Willi Stoph länger als eine halbe Stunde über die alarmierende Fluchtentwicklung und erklärt: „Die Regierung der DDR ist nicht gewillt, dem weiter untätig zuzusehen.“

In einer Entschließung bestätigen die Abgeordneten „die vom Ministerrat, vom Magistrat von Groß-Berlin und den Räten der Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) eingeleiteten Maßnahmen ... zur Unterbindung der von West-



Ulbricht-Helfer Honecker*: Mit dem Mauerbau Karriere gemacht

immer in nächster Zukunft geschehen mag, Ihre Rechte werden unberührt bleiben, und nichts wird sich gegen West-Berlin richten.“

Konew klang nicht wie ein Strohhalm oder ein Charakterchauspieler, aber genau das war er. Später schilderte Chruschtschow einmal voller Schadenfreude, daß die Ernennung Konews nichts weiter als ein Bluff gewesen war, um den Westen zu irritieren. Im Gegensatz zu dem Eindruck, den Nachrichtendienstler wie Oberst von Pawel haben sollten, hatte General Jakubowski während der gesamten Krise die Befehlsgewalt. In

* Bei einem Besuch der DDR-Grenztruppen in Bad Salzungen.

deutschland und West-Berlin aus organisierten Kopfschütteln ... „Sie (die Volkammer) beauftragt den Ministerrat, alle Maßnahmen ... durchzuführen, die sich auf Grund der Festlegungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ... als notwendig erweisen.“

Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt, unmittelbar nachdem er diesen Beschluß erfährt: „Das ist Ulbrichts Ermächtigungsgesetz.“

Im nächsten Heft

Honeckers große Stunde – Der Westen wird im Schlaf überrascht – Washington ohne Notstandspläne